



Notwendiges tun, und wenn's sein muss, auch Unpopuläres

Das Argument, dass am 28. September die Große Koalition als solche abgewählt worden ist, ist kurzfristig. Die großen Verluste waren die Antwort auf die Blockade innerhalb der letzten Regierung und der dafür Verantwortlichen. Mittlerweile stehen für beide Parteien neue Köpfe und ein neuer Stil. Im Übrigen kommen SPÖ und ÖVP gemeinsam auf jene 55 Prozent, auf Basis deren die ÖVP im Jahr 2000 als damals drittstärkste Kraft mit der damaligen FPÖ eine Koalition bildete. Diese erreichte 2006 nur 38 Prozent und wurde tatsächlich abgewählt.

Jetzt brauchen wir eine handlungsstarke Regierung mit Mut zum Notwendigen und, wenn es sein muss, auch zu Unpopulärem. Es gilt, die Altlasten der letzten Jahre – Pflegemisere, Krankenkassendefizite und Probleme bei Post, Telekom, AUA – zu beseitigen, die überfälligen Zukunftsaufgaben endlich in Angriff zu nehmen. Aktuell ist ein wirtschaftspolitischer „Great Deal“ besonders notwendig.

Der Nachholbedarf bei Bildung, Wissenschaft und Forschung ist groß. Wir brauchen endlich eine weit reichende Reform des Spitals- und Gesundheitswesens, die diese Bezeichnung auch verdient. Die Energieeffizienz müssen wir verbessern und Energiereserven besser nutzen. Unsere Energiesicherheit hängt

längst an einem seidenen Faden, weil die Leitungsnetze nicht ausgebaut und keine neuen Kraftwerke gebaut wurden. Daher sind wir vom Strom-Exporteur zum Strom-Importeur – darunter ein Viertel Atomstrom – geworden. Wir müssen die zu einem Drittel ungenutzte Wasserkraft als umweltfreundlichste Form der Energiegewinnung besser nutzen.

Beim Transitverkehr, von dem Tirol besonders betroffen ist, muss auch aus ökologischen Gründen stärker auf die Schiene gesetzt werden. Die Schweiz etwa wickelt weit mehr als zwei Drittel des Güterverkehrs auf der Schiene ab, Österreich aber nur ein Fünftel.

Wichtiges Anliegen muss eine Bundesstaats- und Verwaltungsreform sein. Diese darf sich nicht in oberflächlicher Kosmetik erschöpfen, sondern muss bis an die Wurzeln gehen: d.h. den Dschungel an Vorschriften durchforsten, den Wildwuchs der Bürokratisierung auf ein für den Bürger durchschaubares Maß zurückstutzen.

Ebenso ist die teure Zersplitterung in vielen Bereichen zu beseitigen: Wir haben zu viele Krankenkassen, zu viele Sozialversicherungsträger und zu viele Energieversorgungsunternehmen.

Wir wenden allein 4,1 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung für die Bürokratie auf. In Deutschland sind es nur 3,3, in der Schweiz 1,6 und in Finn-

land und Schweden jeweils nur 1,3 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Die frei gewordenen Mittel könnten in Zukunftsaufgaben investiert werden.

Akuten Handlungsbedarf gibt es auch im Kampf gegen die Teuerung. Von der Halbierung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und den Direktzuschüssen etwa für Heizkosten würden vor allem jene 2,3 Millionen Menschen in Österreich profitieren, die aufgrund ihres geringen Einkommens keine Steuern zahlen, aber von der Teuerung der Grundversorgung besonders hart betroffen sind. Der Mittelstand hat unter der verschärften Steuerprogression seit Beginn des Jahrzehnts besonders gelitten. Durch die „Folter der kalten Progression“ hat der Finanzminister sechs Milliarden Euro mehr an Steuergeldern eingenommen. Ein Teil dieses Geldes soll daher durch eine Steuersenkung refundiert werden.

Eine handlungsbereite und handlungsfähige Regierung kann diese Aufgaben lösen, wobei es gilt, soziale Verantwortung mit einer leistungsfähigen und konkurrenzfähigen Wirtschaft bei finanzpolitischer Balance zu verbinden.

Die weltweite Finanzkrise führt uns vor Augen, wie wichtig die EU als Sicherheits- und Schutzeinrichtung für die einzelnen, vor allem die kleinen Mitgliedsländer ist. Daher brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Europa.



Der Brief an Tirol

HANNES ANDROSCH war Finanzminister (1970–1981) sowie Vizekanzler unter dem SPÖ-Sonnenkönig Bruno Kreisky, dann bis 1988 CA-Generaldirektor. Der 1938 geborene Wiener ist heute ein international tätiger Unternehmer (u. a. Androsch International Management Consulting GmbH, AT&S, Salinen Austria). Am kommenden Montag wird der Autor, Regisseur und Schauspieler Uli Brée einen „Brief an Tirol“ schreiben.